Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1917

345 (27.7.1917) Abendblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Samstag-Beilage: Kriegsdrahtberichte der Woche

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 3.45, in das Haus gebracht Mk. 3.75, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 3.45 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechende Ermäßigung.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 345 — 76. Jahrgang. — **Karlsruhe, Freitag, 27. Juli 1917** — 76. Jahrgang. — **Abendblatt.**

Rasches Vordringen in Galizien.

Eroberung des Brückenkopfes auf dem Ostufer des Sereth. – Kolomea genommen.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 27. Juli. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinzen Rupprecht von Bayern

Die Artillerieschlacht in Flandern ließ unter dem Einfluß ungünstiger Sicht gestern vorübergehend nach. Abends steigerte sie sich wieder zu äußerster Heftigkeit. Erneute gewaltsame Erkundungen der Engländer scheiterten überall in unserer Abwehrzone.

Im Artois lebte Nachmittags die Feuertätigkeit durchwegs beträchtlich auf. Nachts wurden an der ganzen Front Vorstöße feindlicher Aufklärungsabteilungen abgewiesen.

Bei Honnecourt nördlich von St. Quentin brachten württembergische Stoßtrupps eine große Anzahl von Engländern von einem Einbruch in die feindliche Stellung zurück.

Front des deutschen Kronprinzen

Am Chemin-des-Dames südlich von Ailles und beim Gehöfte Hurtebise, ebenso am Hochberg und der Westchampagne führten die Franzosen verlustreiche erfolglose Gegenangriffe. Gefangenenzahl und Beute hat sich sehr vermehrt. Im Abschnitt von Ailles stieg sie auf

über 1450 Mann, 16 Maschinengewehre und 70 Schnelladegewehre.

Oestlich der Suippes fielen bei einem Ueberfall gegen feindliche Grabenstücke zahlreiche französische Gefangene in unsere Hand.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Heeresgruppe des Generalobersten von Böhm-Ermolli.

In erbittertem Ringen, dem S. M. der Kaiser auf dem Schlachtfelde beiwohnte, erweiterten unsere Divisionen bei Tarnopol durch kraftvollen Angriff den schon kürzlich erstrittenen Brückenkopf auf dem Ostufer des Sereth.

Weiter südlich wurden trotz hartnäckigem Widerstande der Russen, die ohne jede Rücksicht Tausende und Tausende in dichten Haufen in unser Vernichtungsfeuer trieben, der Gaiczna- und Sereth-Uebergang von Trembowla bis Skomorocze erkämpft.

Beiderseits des Dnjestrs sind wir in schnellem Vordringen.

Kolomea wurde von bayerischen und österreichisch-ungarischen Truppen genommen.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph

Im Nordostteile der Waldkarpathen drang unser Armeekorps dem gegen den Pruth zurückgehenden Feinde nach.

In den Bergen östlich des Beckens von Kezdivasarhely entspannen sich gestern neue Kämpfe. Wir überließen dem Gegner das Tal von Soveja bis zum Oberlauf der Putna.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

Die Gefechtstätigkeit am unteren Sereth war geringer als an den Vortagen.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

* * *

Kolomea, das nach dem heutigen Tagesbericht von den verbündeten Truppen wieder zurückerobert worden ist, eine Stadt mit 35 000 polnischen, deutschen und ruthenischen Einwohnern (davon 17 000 Juden), liegt am Pruth, an der Staatsbahnlinie Lemberg-Czernowitz und den Lokalbahnen Delatyn-Stefanowka und Kolomea-Sloboda-Rungurska, ca. 70. Kilometer nordwestlich von Czernowitz. Die Stadt ist nun zum zweitenmale den Händen der Russen entrissen worden, das erstemal am 16. Februar 1915, wobei 2000 Gefangene in den Händen der Oesterreicher blieben.

Neue U-Bootserfolge

23 500 B.-R.-T. versenkt.

WTB. Berlin, 26. Juli. (Amtlich). Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum 23 500 Bruttoregistertonnen vernichtet.

Unter den versenkten Fahrzeugen befinden sich das englische Vorpostenfahrzeug „Arama", das nach einstündigem Artilleriegefecht versenkt wurde, die englischen Dampfer „Gibet Yedid" (949 Tonnen), mit Kohlen nach Gibraltar, „Exford" (4503 Tonnen), mit Hafer und Lokomotiven nach England. Die Ladungen der übrigen versenkten Schiffe konnten nicht festgestellt werden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Das Durcheinander bei den Mehrheitsparteien.

* Wir müssen noch einmal auf die Friedenskundgebung der Mehrheitsparteien zurückkommen. Der Streit um die Frage, wie nun eigentlich die Resolution der Mehrheitsparteien aufgefaßt werden soll, wird immer erregter. Und zwar tobt er weniger in der Presse der Gegner der Friedensformel, als in den Zeitungen der Mehrheitsparteien selbst. Man könnte über die erhitzten Auseinandersetzungen in der Zentrums-, der fortschrittlichen und der sozialdemokratischen Presse fast herzlich lachen, wenn die Sache, um die es sich handelt, nicht ihre verteufelt ernste Seite hätte. Die Deutungsversuche haben schon eine ganze Kette von Namen für den erstrebten Frieden geprägt; man spricht von einem Verständigungs-, Ausgleichs-, Verteidigungs-, Sicherungs- und Verzichtfrieden in einem Atemzug und jeder denkt sich so ziemlich etwas anderes darunter.

Das bemerkenswerteste Moment in diesem nachträglichen Streit um die verunglückte Kundgebung ist die Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei, die auf Betreiben der bayerischen Abgeordneten am 23. und 24. Juli nach Frankfurt a. M. einberufen wurde. Wie wir bereits meldeten, hat der Ausschuß sich schließlich auf folgenden Beschluß geeinigt:

„Der Reichsausschuß der Zentrumspartei bekennt sich zu einem Frieden der Verständigung und des Ausgleichs, welcher Deutschlands politische Sicherung und wirtschaftliche Weiterentwicklung gewährleistet. Er fordert die Zentrumsangehörigen auf, in festem Vertrauen auf einen ehrenvollen Frieden gleich unserem heldenhaften Heer und unserer herrlichen Flotte fest und unerschütterlich standzuhalten bis zur glücklichen Beendigung des Krieges.

Eine neue Zeit ist angebrochen. An unser Vaterland werden große, neue Aufgaben herantreten. Wir werden unsere ganze Kraft für ihre glückliche Lösung einsetzen. Leitend werden dabei für uns sein die Grundsätze der Zentrumspartei, welche sich gerade in diesem Kriege, wo so vieles stürzt, so glänzend bewährt haben. Niemals war eine kraftvolle Geltendmachung der Zentrumsgrundsätze notwendiger als heute. Dieses hohe Ziel kann nur erreicht werden, wenn die Zentrumsangehörigen in Stadt und Land einig und geschlossen wie bisher zusammenstehen."

Der Reichsausschuß hat zwei Tage gebraucht, um sich auf diesen Beschluß zu einigen; ein deutliches Zeichen, welch' weit- und tiefgehende Meinungsverschiedenheiten in den Reihen der Erschienenen zu überbrücken waren. Schließlich mußte auch noch der Augustinusverein einspringen, um Ruhe und Ordnung in den stark auseinanderfließenden Ansichten der Parteipresse zu schaffen. Denn unter der Führung des angesehensten Zentrumsblattes, der „Köln. Volkszeitung", hatten verschiedene Organe der Partei, so vor allem auch das „Westfälische Volksblatt", sehr scharf gegen die Kundgebung der

Eine Hundertjahr-Erinnerung aus dem Leben eines Napoleoniden.

Vor 100 Jahren war es, da sah das alte Schloß zu Ellwangen a. Jagst im Württembergischen, dermaleinst der Sitz einer der reichsten gefürsteten Probsteien Deutschlands, ein Stück aus dem Lebensroman des Bruders des Korsen u. seiner Gattin, der ihm 1807 angetrauten Prinzessin Katharina von Württemberg, der Tochter König Friedrichs von Württemberg. Und gerade die Seelengröße dieses deutschen nach damaligem Brauch rein dynastischen Interessen geopferten Fürstenkindes möchte Anlaß sein, jenes Abschnittes aus dem Leben des Königs Jérome, den dieser in seinen Memoiren „l'affaire d'Ellwangen" nennt, zu gedenken.

Mit König Lustiks Glanz in Westfalen-Kassel war es rasch zu Ende gegangen. Von dort im Oktober 1813 vertrieben und nach der Einnahme von Paris im März 1814 auch in Frankreich gefährdet, irrte der einstige König von Westfalen unstet durch die Welt, um bald in Grätz, bald in Triest zu weilen. Die Botschaft seines „großen" Bruders: „Die Schwalben fliegen übers Meer" (womit die Flucht Napoleons von Elba gemeint war), veranlaßte ihn, auch Triest wieder zu verlassen. Es gelang ihm, später mit Napoleon nach allerhand Fährnissen wieder zusammen zu kommen, um sich dann — nach der Schlacht von Waterloo — abermals als Flüchtling durch Westfrankreich usw. durchzuschlagen.

Schon lange vorher, bei der ersten Flucht aus Frankreich, hatte sich Jérômes Gattin, die im August 1814 in Triest ihrem ersten Kinde das Leben geschenkt hatte, an ihren Vater um Gewährung eines Asyls auf württembergischem Boden gewandt. Der König wollte seiner Tochter und ihrem Kind diese Bitte gewähren, stellte aber als Bedingung die Trennung von Jérome. Katharina lehnte diese Zumutung ebenso energisch ab, wie Jérome selber, und es kam zu außerordentlich heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem König und dem Exkönigspaar. Schließlich, nachdem die französische Regierung Jérome wohl absichtlich hatte über die Grenzen Frankreichs entwischen lassen, verstand sich König Friedrich zur Nachgiebigkeit und räumte nach langen Verhandlungen mit den Alliierten Jérome und den Seinen zunächst das Schloß in Göppingen, dann das Schloß zu Ellwangen (an der bayerisch-württembergischen Grenze) ein; unter der Bedingung freilich, daß sich Jérome ehrenwörtlich verpflichtete, ohne Erlaubnis des Königs den Boden Württembergs nicht zu verlassen; sonst sollte er „sich so frei bewegen dürfen, wie der (württembergische) Kronprinz selber." Jérome, den man noch immer geheimer Machenschaften mit Hilfe der Bonapartisten verdächtig hielt, ging darauf ein. Aber da die Verbündeten von dem König eine strenge Ueberwachung forderten, so wurde ihm der Aufenthalt in Ellwangen zu einer wahren Leidenszeit, die bei dem sonst in ordentlichen Bahnen wandelnden, aber noch immer sehr temperamentvollen Jérome gelegentlich fürchterliche Wutausbrüche auslöste. „Ich fand den Prinzen in einem Zustand, in dem sich alles erwarten läßt", schreibt gelegentlich ein Kommissar dem König.

Auf die Fürsprache des württembergischen Kronprinzen wurde schließlich Jérome und den Seinen der Wegzug aus Württemberg gestattet. Daß Jérome sich mit der wenig respektvollen Behandlung abfand, die ihm in Ellwangen zuteil wurde, mag darin seinen Grund haben, daß er, ein vom Glück seines Bruders in die Höhe Gehobener, einsah, daß — nach seines Bruders Sturz — die Verhältnisse stärker als er geworden waren. Unvergeßlich aber bleibt in dieser trüben Episode die Haltung, die die Gattin Jérômes, die mit allen Fasern ihres Herzens an ihrer schwäbischen Heimat hing, in schwersten Konflikten zu bewahren wußte. Ihr späteres Leben war ein unablässiges Umherirren in der Welt von Ellwangen nach Haimburg (bei Wien), von dort nach Schönau und Triest (1820), von da nach Rom und wieder nach Triest und dann nach Florenz (1832) und Lausanne, wo sie 1836 im Alter von 52 Jahren starb, ohne Heimat und die Ihren — nach dem Abschied von 1817 — nochmals wiedergesehen zu haben. Sie wurde am 12. Dezember 1835 in der Fürstengruft in Ludwigsburg beigesetzt. Selbst Napoleon, der gewiß über jeden Verdacht der Sentimentalität erhaben ist, hat die Hochherzigkeit der schwäbischen Fürstentochter anerkannt und geäußert, daß „sie sich mit eigenen Händen in die Geschichte eingeschrieben habe." Jérome begann nach dem Tode seiner Gattin ein höchst abenteuerliches Leben, um 1860 im Alter von 76 Jahren das Zeitliche zu segnen; der unter den Vorwehen der „affaire d'Ellwangen" geborene kleine Jérome aber wurde unter der Regierung des Bruders der Exkönigin Katharina württembergischer Oberst.

Bunte Chronik.

4 **Neue Beobachtungen über die Schutzimpfung.** Die neuesten Beobachtungen über die Schutzimpfung, die Dr. H. Eich in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" mitteilt, gelten vor allem den Impfreaktionen und den Nebenerscheinungen, die durch die Schutzimpfung hervorgerufen werden können. Daß diese Nebenerscheinungen, wie vielfach behauptet wurde, ernsthafte Gefahren in sich bergen, geht aus den Ausführungen des Berichterstatters nicht hervor. Dabei ist zu bemerken, daß Dr. Eich vom Januar 1915 bis zum April 1916 die Wirkungen der Schutzimpfung beobachtete, und daß seinen Mitteilungen 45 000—50 000 Impfungen zugrunde liegen. Die wichtigste Feststellung geht dahin, daß bezüglich der Impfreaktionen ein großer Unterschied zwischen der Typhusschutzimpfung und der Choleraschutzimpfung besteht. Die Choleraschutzimpfung macht bereits bei der ersten Wiederholungsimpfung nur so geringe Beschwerden, daß meist überhaupt keine Klagen laut werden, die Typhusschutzimpfung hingegen ruft selbst bei der dritten und vierten Wiederholungsimpfung oft eine so starke Beeinträchtigung des Allgemeinbefindens hervor, daß geradezu von einer leichten Erkrankung gesprochen werden kann. Eigentümliche Nebenerscheinungen der Schutzimpfung wurden in den vielen tausend Fällen nur zweimal beobachtet. Das eine Mal handelte es sich um einen drei Tage dauernden, starken Juckreiz ohne Temperaturerhöhung, das andere Mal um eine Schwellung in der Gegend des Mittelhandknochens der linken Hand, also auf derselben Seite, wo auf der Brust die Impfung vorgenommen worden war. Die erheblich schärferen Reaktionen bei Typhusschutzimpfung werden durch einige Zahlen deutlich gemacht. Bei Choleraschutzimpfung wurden im Durchschnitt 10 Proz. Temperatursteigerungen festgestellt, bei Typhusschutzimpfung 61 Proz. Bei Choleraschutzimpfung stieg nur in 5 Proz. der Fälle die Temperatur über 36 Grad, bei Typhusschutzimpfung war dies in 43 Proz der Fall. Bei Choleraschutzimpfung waren nach dem zweiten Tag überhaupt keine Temperaturen mehr zu beobachten, bei der Typhusschutzimpfung aber in 13 Proz. aller Fälle, und zwar ging die völlige Entfieberung dann erst am dritten, vierten oder gar fünften Tage vor sich. Diesen Zahlen entsprechend, wurde bei der Typhusschutzimpfung auch bedeutend

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Mehrheitsparteien Stellung genommen. Die „Köln. Volksztg.“ legte Verwahrung gegen eine Auffassung der Resolution ein, die es doch letzten Endes allein möglich gemacht hatte, daß sich auf sie die Sozialdemokratie und die Fortschrittliche Volkspartei mit dem Zentrum geeinigt haben. Sie schrieb in diesem Zusammenhange, es werde insbesondere im Westen Deutschlands, wo man die Notwendigkeit eines starken Grenzschutzes doppelt empfinde, viel darauf ankommen, daß jetzt alle Faktoren, auf die das Volk mit Vertrauen zu blicken gewohnt sei, keinen Zweifel an ihrem Willen ließen, von der notwendigen Sicherung unserer Zukunft auch bei einem Frieden der Verständigung nichts preiszugeben.

Sieht man sich den Beschluß des Reichsausschusses der Zentrumspartei genauer an, so kann man mit Genugtuung feststellen, daß er sich ganz erheblich der Erklärung nähert, die die nationalliberale Reichstagsfraktion gegen die Friedenskundgebung im Reichstag abgegeben hatte. Das bedeutet aber gleichzeitig ein unverkennbares Abrücken des Zentrums von der Resolution im Reichstag. Man muß sich nur erinnern, wie die betreffende Stelle der Resolution lautet: „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.“ Unvereinbar! Und der Zentrumsredner, der die Resolution im Reichstag begründete, der Abg. Fehrenbach, hatte gesagt: „Wenn jetzt ein ganzes Volk durch eine große Mehrheit seiner Vertretung in unzweideutiger Weise seinen Verständigungswillen zu erkennen gibt, und auf jede gewaltsame Eroberungspolitik verzichtet, so darf man nicht an seiner Ehrlichkeit zweifeln!“ Da klingt für den aufmerksam Prüfenden der Frankfurter Beschluß denn doch ganz erheblich anders! Die Zentrumspresse ist sich auch heute noch nicht klar darüber, was nun eigentlich das Zentrum will. Der „Badische Beobachter“ schreibt heute:

Der Scheidemannsche Friede positiv gefaßt (!!!), ist kein Verzichtfriede. Ein Friede der Verständigung und des Ausgleichs, der an den Kolonien festhält, gewaltsame Eroberungen nicht will und eine Garantie der politischen Sicherung und wirtschaftlichen Weiterentwicklung Deutschlands anstrebt, ist kein Verzichtfriede. Man täte unseres Erachtens daher gut daran, das Schlagwort vom „Verzichtfrieden“ überhaupt nicht mehr zu brauchen. Es ist von Leuten geprägt, die Verwirrung stiften wollten und weiter wollen.

Das sind, mit Verlaub gesagt, nur leere Worte, die die eigene Unklarheit verbergen sollen. Der Scheidemann-Frieden wird von der sozialdemokratischen Presse unverkennbar als ein Verzichtfrieden aufgefaßt. Die Zentrumspresse täte gut daran, einmal klipp und klar zu sagen, wie sie sich nun eigentlich den Frieden und die „Garantie der politischen Sicherung“ denkt. Wie sie sich zur Frage der Einverleibung von Flandern und Kurland stellt.

In der fortschrittlichen Presse herrscht begreiflicherweise große Erregung über das Durcheinander in der Zentrumspartei, das mehr und mehr auf einen Abmarsch des Zentrums von der neugeschaffenen Mehrheit hinweist. Zwischen der „Kölnischen Volkszeitung“ und der „Frankfurter Zeitung“ ist eine heftige Polemik entbrannt, in deren Verlauf das Frankfurter Blatt schrieb:

In welches Licht geriete das Zentrum, wenn es richtig wäre, daß das Zentrum durch die Resolution nicht gehindert sei oder sich wenigstens nicht gehindert fühle, Kriegsziele zu erstreben, die eben mit dem Wortlaut der Resolution schlechterdings nicht vereinbar sind? Es widerstrebt uns, das zu beantworten, aber man muß im Interesse der Klarheit die Konsequenzen aus der Meinung jener Blätter ziehen. Hätten sie recht, dann hätte sich das Zentrum eines unerhörten Vorgehens schuldig gemacht. Es hätte nur aus dem Motiv, die Sozialdemokratie nicht in den Vordergrund rücken zu lassen, eine Sache unternommen, mit der es innerlich gar nicht übereinstimmte. Es hätte, ganz unbekümmert um die großen Dinge, die dabei in Frage standen, nur das eine im Auge gehabt, die Aussicht der Sozialdemokratie zu vernichten, daß die Regierung vielleicht ihre Bedingung der Zustimmung zu den Kriegskrediten annähme und dadurch die Sozialdemokratie als die allein bestimmende Partei erschiene. Zu diesem Zwecke hätte das Zentrum die Sozialdemokratie und die Fortschrittliche Volkspartei auf den Boden einer Resolution gelockt, die das Zentrum selber gar nicht ernst nähme. Das Zentrum hätte also, um es nun kurz zu sagen, eine weltgeschichtliche Situation, die größten und wichtigsten Fragen des Vaterlandes, demnach das Vaterland selber zu einem Parteizwecken mißbraucht, mit den Gütern, die zu dem irdisch Heiligsten gehören, ein frevelhaftes Spiel getrieben!

Die „Frankfurter Zeitung“ dürfte mit diesen Ausführungen so ziemlich ins Schwarze getroffen haben. Die fortschrittliche „Neue Badische Landeszeitung“ sucht nun heute einen Ausweg aus diesem allgemeinen Wirrsal, indem sie schreibt:

Die Kriegszielerklärung ist ein Kompromiß dreier Parteien, sie kann nicht so gefaßt sein, wie sie jede der Parteien vielleicht für sich allein gefaßt haben würde, sie ist weder eine sozialdemokratische noch eine volksparteiliche noch eine Zentrums-Resolution, sondern diejenige, auf welche sich die drei Parteien einigen konnten und woran sie festgehalten haben in den entscheidenden Tagen und auch noch, wie wir überzeugt sind, festhalten. Unterschiede der Auffassung darüber, welche Wirkung im einzelnen sich aus der Verwirklichung der Formel ergeben, wenn es erst zu Verhandlungen kommt, können bestehen. Jede allgemeine Formel, die einen großen Komplex von verwickelten Fragen zu meistern sucht, ist dem ausgesetzt.

So sieht es nun in Wahrheit mit dieser vielgerühmten Friedensformel aus, die eine machtvolle Kundgebung des deutschen Volkes gegenüber dem feindlichen und neutralen Ausland darstellen soll. Sie ist nichts anderes als eine aus allen möglichen Kompromissen entstandene Mißgeburt, deren einziges Ergebnis nur das sein wird, daß das feindliche Ausland sie hohnlächelnd ad acta legt, freudig gestimmt über die ungeheure Blöße, die der gute deutsche Michel sich wieder einmal vor aller Welt gegeben hat. Derselbe deutsche Michel, der tief in Feindesland drinnen steht, der mit seinen Verbündeten ganz Belgien, reiche Teile von Frankreich, Serbien, Montenegro, ein Stück von Albanien, den Hauptteil von Rumänien, Kurland, Litauen, Polen usw. in Händen hält.

Inzwischen fährt die Entente fort, fest und unzweideutig ihr Kriegsziel zu betonen: die vollkommene militärische und wirtschaftliche Niederzwingung Deutschlands, die Wegnahme unserer Kolonien, die Abtrennung von Elsaß-Lothringen. Und wenn dann bei den kommenden Friedensverhandlungen die Unterhändler zusammentreten, dann können die Delegierten der Entente auf diesen geschlossenen Willen ihrer Völker hinweisen, während unseren Vertretern durch die unglückselige Friedenskundgebung der angeblichen Mehrheit des Volkes die Hände gebunden sind. Dann kann man den unsrigen entgegenhalten: das deutsche Volk will ja gar nicht mehr, als höchstens das, was es schon vor dem Kriege besaß! — Auch das ist eine der ernstesten Seiten der Friedenskundgebung vom 19. Juli, auf die noch lange nicht genügend hingewiesen worden ist.

Zur innerpolitischen Lage.

Die badischen Abgeordneten bei der Friedenskundgebung des Reichstags.

Nach dem soeben herausgekommenen amtlichen Bericht über die namentliche Abstimmung des Reichstags vom 19. Juli über die Friedensresolution der drei Mehrheitsparteien nahmen die Vertreter der 14 badischen Kreise die folgende Haltung ein:

Es stimmten für die Resolution sieben Abgeordnete: die Zentrumsmitglieder v. Eyck (Waldshut-Schopfheim), Fehrenbach (Lahr-Wolfach), Dr. Wirth (Offenburg-Kehl) und Dr. Zehnter (Tauberbischofsheim-Wertheim), die Volksparteiler Dr. v. Schulze-Gaevernitz (Freiburg-Waldkirch) und Dr. Haas (Karlsruhe-Bruchsal), sowie der Sozialdemokrat Oskar Geck (Mannheim-Schwetzingen-Weinheim).

Gegen die Resolution votierten drei Abgeordnete: Die Nationalliberalen Wittum (Pforzheim-Durlach) und Dr. Rießer (Heidelberg-Eberbach-Mosbach), sowie der Bauernbündler Rupp (Bretten-Eppingen).

Gefehlt haben bei der Abstimmung die drei Zentrumsabgeordneten Dietz (Konstanz-Ueberlingen), Duffner (Villingen-Triberg) und Neuhaus (Rastatt-Baden).

Der 4. badische Reichstagswahlkreis (Lörrach-Müllheim) ist zurzeit infolge des Ablebens seines seitherigen Abgeordneten Dr. Blankenhorn (nat.-lib.) bekanntlich ohne Vertretung.

Der Reichskanzler.

Die Arbeit des Reichskanzlers Dr. Michaelis war im Laufe dieser Woche darauf gerichtet, mit einer Reihe maßgebender Persönlichkeiten des politischen Lebens Fühlung zu nehmen. Der Reichskanzler empfing, wie der „Kölnischen Zeitung“ aus Berlin gemeldet wird, einzeln die Leiter der Fraktionen des Abgeordnetenhauses und setzte die Konferenzen mit Mitgliedern des Reichstages fort. Am Mittwoch verhandelte der Reichskanzler eingehend mit dem Genralgouverneur v. Beseler. In den letzten Tagen empfing er die Besuche der Gesandten der neutralen Mächte, nachdem er Besuche mit den Vertretern unserer Verbündeten ausgetauscht hatte. Mit dem Präsidenten der Reichsbank Dr. Havenstein hatte der Reichskanzler eine längere Besprechung. Im Laufe der Woche hatte der Reichskanzler auch eine Anzahl von führenden Vertretern der Presse zu kurzen Unterredungen eingeladen.

WTB. Köln, 27. Juli. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin vom 25. Juli: Wie wir hören, hat der Kaiser den Reichskanzler Dr. Michaelis a la suite der Armee gestellt und ihm die Uniform des Leibgrenadierregiments Nr. 8 verliehen, dem der Reichskanzler längere Zeit in der Reserve angehörte und mit dem er dauernde Beziehungen gepflogen hat. Es ist bekannt, daß der Reichskanzler in der Organisation des Großen Hauptquartiers einen festen Platz einnimmt. Es ist dies die Formation I des Großen Hauptquartiers, Reichskanzler und Auswärtiges Amt, der der Reichskanzler mit den ihm untergegebenen Beamten angehört. Damit ist die erforderliche Verbindung zwischen dem Reichskanzler und dem Großen Hauptquartier gegeben. Die Verbindung wurde durch häufige Anwesenheit des Reichskanzlers im Hauptquartier gepflegt, selbstverständlich legt der Reichskanzler großen Wert darauf, den dienstlichen Verkehr mit dem Großen Hauptquartier lebendig zu gestalten.

*

Der Reichskanzler über die deutsch-österreichischen Beziehungen.

WTB. Wien, 27. Juli. Gegenüber dem Berliner Korrespondenten der „Wiener Neuen Freien Presse“ äußerte sich der Reichskanzler Dr. Michaelis über die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn folgendermaßen:

Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind derartig auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden, daß es mir unmöglich erscheint, mit kaltem Blute und auch nur in Gedanken von der Zersplitterung eines Flügels dieses Bundes zu denken. Man ist in Deutschland davon durchdrungen, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn aufeinander angewiesen sind, daß von dem engen Zusammenschluß ihre Gegenwart, ihre Zukunft und ihr Leben abhängen, und ich bin sicher, daß zum mindesten in demselben Maße diese Ueberzeugung in Oesterreich-Ungarn besteht. Die innige Gemeinschaft zwischen den beiden Verbündeten ist für mich geradezu ein Axiom und um dieses mit aller Deutlichkeit zu bekunden, habe ich mich entschlossen, so schwer es mir auch fällt, meine Arbeiten zu unterbrechen, und bereits am Sonntag nach Wien zu reisen. Eine der ersten Taten meiner Amtsführung soll sein, diese meine Anschauung über das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn dem Kaiser Karl, sowie den leitenden österreichisch-ungarischen Staatsmännern gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Treues Zusammenhalten bis zum gemeinschaftlichen Frieden, das ist der Grundsatz, den ich für die Politik der beiden verbündeten Reiche aufstelle. Dabei versteht es sich von selbst, fügte der Reichskanzler hinzu, daß der gemeinschaftliche Frieden nicht etwa den Endtermin bedeutet, sondern daß das Zusammenarbeiten und Zusammenhalten nach dem Krieg erst recht seine Fortsetzung finden soll.

Kundgebungen zum Tode Bassermanns.

Zu dem Ableben des nationalliberalen Führers Ernst Bassermann sind aus allen Teilen des Reichs eine große Zahl von Beileidskundgebungen bei den Hinterbliebenen eingelaufen, von Fürsten, Spitzen der Behörden und der Parteien, hervorragenden Einzelpersonen und Führern des Wirtschaftslebens. Wir teilen davon folgendes mit:

Von Hohenburg zurückgekehrt, finden die Großherzogin und ich mit tiefem Bedauern die schmerzliche Trauerkunde. Wir eilen, Ihnen unsere herzliche Teilnahme an diesem schweren Verluste auszusprechen und bewahren dem Heimgegangenen ein ehrendes Andenken.

Friedrich, Großherzog.

*

Tief erschüttert von der traurigen Kunde über das Hinscheiden Ihres Gatten, spreche ich Ihnen und Ihren Kindern meine herzliche Teilnahme aus.

Friedrich August, Großherzog von Oldenburg.

Tief bewegt durch den Heimgang Ihres Mannes bitte ich Sie, den Ausdruck meines innigsten Beileids entgegenzunehmen, dem sich meine Frau von Herzen anschließt. Sein aufrechter Patriotismus, der ihn in Krieg und Frieden alle seine Kräfte für das Vaterland einsetzen ließ, die Vornehmheit und Selbstlosigkeit seines Charakters sichern ihm ein dauerndes Andenken in der deutschen Geschichte.

Fürst von Bülow.

*

Zum Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls bitte ich Ihnen, hochverehrte, gnädige Frau, mein tiefempfundenes Mitgefühl aussprechen zu dürfen. Das vaterländische Wirken Ihres Gemahls wird unvergessen bleiben.

Ludendorff.

*

Zu dem schweren Schicksalsschlage, der Sie, hochverehrte, gnädige Frau, durch das Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls getroffen hat, bitte ich, Ihnen meinen aufrichtigste Teilnahme aussprechen zu dürfen. In unserem öffentlichen Leben wird das Fehlen dieses glühenden Vaterlandsfreundes und staatsmännischen Führers für die Kriegs- und künftige Friedensarbeit sehr schmerzlich empfunden werden.

Reichskanzler Michaelis.

*

Meine aufrichtige Teilnahme an Ihrer Trauer verbindet sich mit dem schmerzlichen Bewußtsein, wie schwer Ernst Bassermanns Tod nicht nur für seine Partei und den Reichstag, sondern das ganze öffentliche Leben Deutschlands trifft. Der früh Verblichene hat die besten vaterländischen Ueberlieferungen der nationalliberalen Partei sorgsam gepflegt. Das Wohl der Gesamtheit, die Größe des Reiches war sein Leitstern. Ich hoffe ihm gewünscht, daß es ihm vergönnt gewesen wäre, am Wiederaufbau des friedlichen Lebens des Vaterlandes mitzuarbeiten, dem bis zuletzt seine Liebe, sein Glaube und seine ganze Kraft gehörte.

Helfferich, Staatssekretär des Innern.

*

Euer Hochwohlgeboren spreche ich innige Teilnahme aus zu Ihrer tiefen Trauer. Auch Ihr Gemahl starb fürs Vaterland, dem sein arbeitsreiches Leben gewidmet war und seine stets dankbar gedenken wird.

Minister Freiherr von Bodman.

Der Tagesbericht der Bulgaren.

WTB. Sofia, 27. Juli. Amtlicher Bericht von gestern:

Mazedonische Front: Längs der ganzen Front schwache Tätigkeit. Auf dem linken Wardarufer südlich des Dorfes Kraschteli führte eine unserer Abteilungen Zerstörungen in feindlichen Gräben und Drahtverhauen aus. An der unteren Struma bei Christian Kamila wies eine unserer Feldwachen durch Feuer eine feindliche Erkundungsabteilung ab.

Rumänische Front: Bei Mahmudia, Tulcea und Isaccea und bei Galatz Artilleriefeuer. Im Sereth-Abschnitt unserer Truppen ziemlich heftiges Geschützfeuer.

Ein norwegisches Urteil über die Kriegslage.

WTB. Christiania, 27. Juli. „Tidens Tegn“ schreibt unter einem „Der große Umschlag in Osten!“ betitelten Leitartikel: Man bekomme den Eindruck, daß der russische Rückzug bei Tarnopol in wilder Flucht ausartete, daß große Teile des russischen Heeres die Manneszucht verloren hätten und daß sie eine Rotte von Individiums, die nur an eigene Rettung denke, geworden sei. Unter diesen Verhältnissen spiele Brussilows zahlenmäßige Ueberlegenheit nur noch eine geringe Rolle. Die große Frage sei, ob die Wühlarbeit der Syndikalisten Kerenski abbröckeln werde. Dann ginge es möglicherweise um Sein oder Nichtsein.

Weitere Ereignisse zur See.

Versenkte Schiffe.

WTB. Haag, 27. Juli. Der niederländische Segler „Spescea“ wurde von einem deutschen U-Boot versenkt.

WTB. Stockholm, 27. Juli. Wie die Stockholmer Zeitungen melden, wurde der schwedische Dampfer „Malmland“ (3676 Bruttoregistertonnen) auf dem Wege von Göteborg nach London und der schwedische Dampfer „Vikin“ (1300 Bruttoregistertonnen) bei Bergen vor der norwegischen Küste versenkt.

Die Balkankonferenz der Alliierten.

WTB. Paris, 27. Juli. (Ag. Hav.) Die zur Prüfung der Lage auf dem Balkan zusammengetretene Konferenz hat ihre letzte Sitzung, zu der die Vertreter aller alliierten Länder geladen waren, abgehalten. Sie hat einstimmig die in den vorhergehenden Sitzungen beschlossenen Entschließungen angenommen. Eine Vereinigung der in Betracht kommenden Reichsfortminister wird in London stattfinden, um die Maßnahmen zur Ausführung festzusetzen. Vor ihrem Auseinandergehen legten die Mitglieder der Konferenz Wert darauf, einstimmig folgende Erklärung abzugeben:

„Die enger als je zur Verteidigung des Völkerrechts (!!!) besonders auf der Balkanhalbinsel (!!!) vereinigten alliierten Mächte sind entschlossen, die Waffen erst niederzulegen, wenn sie das Ziel erreicht haben, das in ihren Augen alle die, deren beherrscht, nämlich die Wiederkehr des verbrecherischen Angriffes unmöglich zu machen, für den der Imperialismus der Mittelmächte die Verantwortung trägt.“

Die Generale und andere Offiziere der alliierten Heere und Flotten, die zur Balkankonferenz nach Paris gekommen waren, hielten im Kriegs- und Marineministerium besondere Versammlungen ab. Es wurden alle die Führung der Operationen und des U-Bootkrieges betreffenden Fragen geprüft.

Die feindlichen Heeresberichte.

WTB. Paris, 27. Juli. Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Die Deutschen zeigten während der Nacht außerordentliche Nervosität. Seit gestern abend 7 Uhr begannen ihre Angriffe wieder mit Erbitterung auf einer Front von 3 Km. in der Gegend östlich von Hurtebise bis zum Waldrande südlich von Bovelle. Obgleich der Feind bedeutende Truppen einsetzte, konnte er erst nach ungeheuren Anstrengungen und nach außerordentlich schweren Verlusten in einige Grabenteile der ersten Linie südlich von Ailly eindringen. Seine wiederholten Angriffe auf das Gehöft von Hurtebise und weiter südlich brach in unserem Feuer zusammen. In der Champagne wurde nach starker Beschießung ein deutscher Angriff schnell und heftig gegen den Hochberg unternommen. Der Kampf dauerte die ganze Nacht an. Aber die Tapferkeit unserer Truppen hinderte jeden Fortschritt des Gegners. Dagegen drangen wir nördlich von Auberive bei glücklichen Unternehmungen in deutsche unbesetzte Gräben ein und nahmen bei weiterem Vorrücken einen lebhaften Kampf mit feindlichen Abteilungen auf, denen wir stärkere Verluste zufügten. Auf dem linken Maasufer hielt das beiderseitige heftige Artilleriefeuer mit großer Heftigkeit an.

WTB. Paris, 27. Juli. Amtlicher Bericht von gestern abend. Nach heftigem Geschützfeuer begleitete Kämpfe haben den ganzen Tag auf der Hochfläche von Hurtebise und südlich von Ailles angedauert, ohne daß es dem Feinde ermöglicht wurde, den geringsten Fortschritt zu machen. An mehreren Punkten haben wir vom Gegner in der Nacht eroberites Gelände wieder genommen. In der Champagne folgten auf Angriffe, die der Feind im Laufe des Vormittags erfolglos unternommen hatte, am Nachmittag eine heftige Artilleriebeschießung, die sich links vom Monte Blond bis zur Umgebung des Helmberges erstreckte. Unsere Artillerie hat tatkräftig geantwortet und der deutschen Infanterie jedes Hervorbrechen unmöglich gemacht. Auf beiden Ufern der Maas hat sich die beiderseitige Artillerie sehr tätig gezeigt. Auf der übrigen Front war der Tag ruhig.

---

häufiger über schmerzhafte Folgeerscheinungen, über Schlaflosigkeit, Appetitlosigkeit, Schmerzen in Schulter und Oberarm, manchmal sogar in der Nacken- und Halsmuskulatur geklagt. Der Unterschied in den Folgeerscheinungen der Cholera- und der Typhusschutzimpfung ist also erwiesenermaßen stets ein erheblicher. Von Interesse für die neue Forschung ist endlich auch die Frage, ob die Stärke der Reaktion von dem Lebensalter beeinflußt werde. Eine ganz einwandfreie Feststellung war hier nicht möglich, da die einzelnen Lebensalter nicht gleichmäßig zur Beurteilung vorlagen, doch scheint es, daß Leute über 30 Jahre weniger heftig reagieren, während jüngere Leute, besonders unter 20 Jahren, eine viel größere Empfindlichkeit den Schutzimpfungen gegenüber an den Tag legen.

⊻ **Das Aufgebot der Rothäute.** Die Verehrer von Fenimore Cooper und Karl May werden mit Interesse erfahren, daß die Vereinigten Staaten uns auch mit einer Schar von Rothäuten zu beglücken gedenken. Wie der „Gaulois“ voll Stolz verkündet, hat man nämlich in Amerika bereits mit der Musterung der Indianer begonnen, die an die französische Front gebracht werden sollen. Auch diese roten Freiheitskämpfer, so fügt das Blatt hinzu, sind entschlossen, von ihrer berühmten Friedenspfeife erst an den Ufern des Rheins Gebrauch zu machen . . . .

Aus der Residenz.

Karlsruhe, den 27. Juli 1917.

= In der heutigen Sitzung des Bürgerausschusses kam auch die Kartoffelversorgung zur Sprache. Wie aus dem Bericht zu ersehen ist, vertrat Oberbürgermeister Siegrist im Einverständnis des gesamten Stadtrats und unter allseitiger Zustimmung die Ansicht, daß durch die Ablehnung des Bezugsscheinverfahrens durch das Ministerium des Innern die Durchführung der Kartoffelversorgung gefährdet sei. Der Stadtrat habe deshalb beschlossen, noch einmal beim Ministerium vorstellig zu werden wegen Genehmigung des Bezugsscheinverfahrens. Weiter kam zur Besprechung die Kohlenversorgung. Aus den Mitteilungen des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß größte Sparsamkeit im Kohlenverbrauch dringend notwendig ist. Die Vorlagen selbst wurden einstimmig angenommen.

= Ehrendoktor. Von der hiesigen Technischen Hochschule ist dem Architekten Albert Hofmann in Berlin in Anerkennung seiner großen Verdienste um die Entwicklung deutscher Baukunst, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen worden.

= Jubiläum. An der Viktoria-Privatschule feierte mit Schluß dieses Schuljahres die hochverdiente Vorsteherin Frl. Luise Coch das Jubiläum ihres 30jährigen Wirkens an der Anstalt und zugleich den 60. Geburtstag. Dieser Tag wurde durch eine schlichte Feier im Turnsaal verherrlicht, die durch die Anwesenheit der Großherzogin Luise eine besondere Weihe erhielt. Nach dem einleitenden Choral hob Herr Hofprediger Fischer in einer zu Herzen gehenden Ansprache die großen Verdienste der Jubilarin hervor, er schilderte vor allem ihre Liebe zur Jugend, ihre Treue und Sorgfalt, ihr begeistertes Eintreten für die Ziele ihrer geliebten Schule. Ein Lied der Jugend beschloß die schöne Veranstaltung, über die allerdings insofern ein Schatten lag, als die Gefeierte selbst nicht anwesend sein konnte. Mögen die vielen Beweise von Liebe und Verehrung, die Fräulein Coch aus allen Kreisen der Stadt an ihrem 60. Geburtstag erhalten hat, dazu beitragen, ihre Genesung von schwerer Krankheit zu beschleunigen.

= Theater im städtischen Konzerthaus. Die schmeichelnden Klänge des „Walzertraums" zogen gestern abend zum erstenmale durch die Räume unseres neuen Sommertheaters. Diese Operette, die dem Komponisten Oskar Strauß vielleicht mehr Zuwachs an irdischen Gütern brachte, als durch die musikalisch wertvolleren Schöpfungen der berühmten Wiener Namensvettern diesen zu Lebzeiten zuflossen, hatte wieder den bekannten durchschlagenden Erfolg. Das gewisse Etwas, mit der sich die Franzi in der Operette die Gunst des Prinzgemahls im Fluge erobert, hat Oskar Strauß eben auch in seinen Melodien des „Walzertraums" und dieses gewisse Etwas ist: das echt Wienerische mit der guten Dosis Sentimentalität und dem kribbligkrabligen Temperament. Dazu kam gestern abend noch das Gastspiel des Kgl. Hofopernsängers Gruber vom Hoftheater in München, der die Rolle des Prinzgemahls übernommen hatte. Der Gast, der alle guten Eigenschaften eines guten Operettentenors in sich vereinigt, darf den Hauptteil des reichlich gespendeten Beifalls während des ganzen Abends für sich in Anspruch nehmen. Seine Stimme, ein auffallend weicher und biegsamer, etwas dunkel gefärbter lyrischer Tenor, weist in allen Lagen Stärke und Wohllaut auf. Da auch sein Spiel auf gleicher Höhe steht wie seine gesanglichen Leistungen, war es eigentlich kein Wunder, wenn dem Gaste bei offener Szene wiederholt stürmisch zugejubelt wurde. Schade, daß Herr Gruber nur Gast bei uns ist. Solch einen Tenor müßte das Sommertheater für die ganze Spielzeit haben, das würde sich auch im Kassen-Erfolg angenehm bemerkbar machen, umsomehr, als die „Valuta" der meisten Operetten aufs engste mit den Leistungen des Spieltenors und der ersten Soubrette verknüpft ist. Da die übrigen Mitglieder unseres Sommertheaters sich redlich bemühten, sich den Leistungen des gefeierten Gastes nach Möglichkeit anzupassen, bekam die gesamte Aufführung einen gewissen Glanz und Schwung. Als fast gleichwertige Partnerin erwies sich Mia Adam Schmieter, die als Prinzessin alle Vorzüge ihrer Kunst entfalten konnte. Auch Frl. Klaus als Franzi war ganz gut, obgleich diesem Wiener Madel resch und fesch gerade das gewisse Etwas, das echt Wienerische fehlt. Ganz vorzügliche Leistungen wiesen die Herren Ernst Herz als klapperiger Fürst von Flausenthurn und Alfred Scherzer als „Sekenlineal" auf. Beiden Herren wurde ebenfalls bei offener Bühne lebhafter wohlverdienter Beifall gespendet. Die Rolle des Leutnants Montschi hatte Albert Krafft-Lorzing übernommen, dessen gesangliche Leistungen aber durch den Gast vollständig zugedeckt wurden. Etwas fehl am Ort war auch Frl. Kersebaum, die mehr als einmal versungen und vertan hatte und auch in der Darstellung weit hinter ihrer Vorgängerin in dieser Rolle, Frl. Richter, zurückblieb. Die Ausstattung war wieder recht hübsch; der fürstliche Salon im dritten Akt war zwar sehr wenig fürstlich ausgestattet. Herr Schweppe brachte mit seinem Orchester alle Feinheiten der Musik aufs beste zur Geltung.

Sitzung des Karlsruher Bürgerausschusses.

= Karlsruhe, 27. Juli.

Bei Beginn der Sitzung um ½12 Uhr sind 63 Mitglieder anwesend. Die Versammlung ist also knapp beschlußfähig. Am Vorstandstisch befindet sich auch Bürgermeister Dr. Kleinschmidt, der seit Kriegsausbruch im Militärdienst steht und zuletzt als Hauptmann in Belgien der dortigen Verwaltung zugeteilt war.

Oberbürgermeister Siegrist, der den Vorsitz führt, weist auf die Dringlichkeit der Vorlage über die Erhöhung der Gas- und Strompreise hin, da die Kohlensteuer am 1. August in Kraft und damit auch die Erhöhung der Kohlenpreise in Kraft trete.

Der Vorsitzende teilt sodann mit, daß

zwei Anfragen

eingelaufen seien, in denen es heißt:

„Was gedenkt die Stadtverwaltung zu tun, um die durch die Verweigerung der Bezugsscheine gefährdete Kartoffelversorgung in befriedigender Weise zu regeln";

„Was gedenkt die Stadtverwaltung zu tun, um die unnatürlich hohen Obst- und Gemüsepreise so zu gestalten, daß Erzeuger und Verbraucher zufrieden sein können."

In Beantwortung dieser Anfragen

teilt der Oberbürgermeister mit, daß auch nach einmütiger Ansicht des Stadtrats durch die Verweigerung des Bezugsscheinverfahrens die Kartoffelversorgung gefährdet erscheine. Das Großh. Ministerium habe sich aber nicht entschließen können, das Bezugsscheinverfahren wieder zuzulassen, obwohl der Stadtrat wiederholt darauf hingewiesen habe, wie notwendig und zweckmäßig dieses Verfahren sei, insbesondere für die Versorgung der Bevölkerung mit Spätjahrskartoffeln. Das Großh. Ministerium glaubt die Bezugsscheine deswegen nicht zulassen zu sollen, weil durch das Bezugsscheinverfahren einzelne Leute sich mehr Kartoffeln verschaffen könnten als ihnen zustehen. Der Stadtrat könne diese Befürchtungen nicht als begründet ansehen; durch eine scharfe genaue Kontrolle der Bezugsscheine könnte dieser Mißbrauch hintangehalten werden. Im übrigen sei es ganz sicher, daß durch das Bezugsscheinverfahren viele Kartoffeln in die Stadt hineinkommen, die sonst nicht hereinkommen würden. (Sehr richtig!) Viele Erzeuger liefern an den Kommunalverband ihre Kartoffeln nicht ab, während sie diese an Verwandte in der Stadt ganz gerne abgeben. Der Stadtrat hält es für dringend notwendig, daß das Bezugsscheinverfahren wieder zugelassen wird. Der Stadtrat habe deshalb einstimmig beschlossen, beim Ministerium noch einmal in diesem Sinne vorstellig zu werden. (Bravo!)

Was die Obst- und Gemüsepreise anbelange, so sei es natürlich der dringende Wunsch des Stadtrats, diese Preise möglichst billig zu gestalten. Die Regierung beruft sich aber darauf, daß in anderen Städten die Preise noch viel höher seien. Und in der Tat seien wir ja gegen Berlin und Düsseldorf, wo die Bohnen heute noch 2—3 M pro Pfund kosten, gut daran. Es liege die Gefahr nahe, daß, solange eine solche Preisspannung zwischen den einzelnen Städten bestehe, eine Abwanderung von Gemüse und Obst stattfinde, wenn die Preise zu nieder wären. Er glaube also nicht, daß durch eine Vorstellung des Stadtrats beim Ministerium die Obst- und Gemüsepreise billiger würden, obgleich zu bedauern sei, daß diese Preise so hoch seien. Es sei übrigens bekannt geworden, daß in einzelnen Gegenden des Landes noch erhebliche Mengen von Kirschen auf den Bäumen hängen. Es ist zu empfehlen, diese Kirschen mit Hilfe von Stadtkindern einzuheimsen. (Zustimmung.)

Damit waren die beiden Anfragen erledigt und es wurde der erste Punkt der Tagesordnung:

Die Erhöhung der Gas- und Strompreise

aufgerufen.

Nach der Vorlage des Stadtrats soll eine Aenderung der Gas- und Strombezugspreise dahin eintreten, daß erhöht wird: der Preis für Leucht-, Koch- und Heizgas von 16 Pfg. auf 19 Pfg. für den Kubikmeter, für Gas, das mittelst besonderer Leitung und unter Kontrolle eines besonderen Gasmessers für Gasmotoren verwendet wird, von 14 auf 17 Pfg. Der Preis für das durch Münzgasmesser bezogene Gas bleibt mit 15 Pfg. unverändert, jedoch wird monatlich ein Zuschlag von 80 Pfg. und beim Verbrauch von mehr als 25 Kubikmeter im Monat für jedes weitere Kubikmeter 5 Pfg. Zuschlag erhoben. Bei einem Jahresverbrauch von 200 000 Kubikmeter und mehr zu Leuchtzwecken ermäßigt sich der Gaspreis auf 18 Pfg. (bisher 15 Pfg.), bei 250 000 Kubikmeter und mehr auf 17 Pfg. (14 Pfg.); bei einem Jahresverbrauch von 200 000 Kubikmeter und mehr zu Heizzwecken auf 17 Pfg. (bisher 14 Pfg.). Beim Strombezug tritt eine Erhöhung der bisherigen Sätze für Strom zu Beleuchtungszwecken von 50 auf 55 Pfg., für Kraft- und sonstige Zwecke von 25 auf 28 Pfg. pro Kilowattstunde ein. Die Kosten für Treppenbeleuchtungen mit Schaltuhren, ferner bei den Kleintransformatoren zum Betrieb elektrischer Klingel- und Türöffneranlagen und die Rabattberechnung bleiben unverändert.

Zu dieser Vorlage waren von dem geschäftsleitenden Vorstande der Stadtverordneten folgende Abänderungsanträge eingegangen:

1. Die neuen Preise sollen vorläufig nur für die Zeit bis zum 30. April 1918 festgesetzt werden.

2. Par. 13 Ziffer 3 der Gasbezugsordnung soll lauten: „3. für das durch Münzgasmesser abgegebene Gas 15 Pfg. für ein Kubikmeter; außerdem wird ein Zuschlag von monatlich 1 M für jeden Münzgasmesser erhoben. Beträgt der Gasverbrauch bei einem Münzgasmesser in einem Monat mehr als 50 Kubikmeter, so ist für jedes diese Menge übersteigende Kubikmeter ein weiterer Aufschlag von 5 Pfg. zu bezahlen."

3. Der Par. 16 Absatz 1 der Strombezugsordnung (Verbrauchsrabatt) ist für die Dauer des Kohlenmangels außer Kraft zu setzen.

4. Der Stadtrat ist ermächtigt, zu prüfen, ob ein gleiches nicht auch für den Par. 15 der Gasbezugsordnung (Preisermäßigung für Großabnehmer) sich empfiehlt.

5. Die Par. 16 der Gasbezugsordnung und 15 der Strombezugsordnung sollen insoweit außer Anwendung bleiben, als es sich nicht lediglich um Messer bezw. Zähler handelt, die nicht für einen regelmäßigen Verbrauch, sondern nur für Ausnahmefälle z. B. als Reserve, zur Aushilfe in Notfällen Verwendung finden.

Der Oberbürgermeister teilte mit, daß sich der Stadtrat mit den Abänderungsvorschlägen einverstanden erklärte. In seiner Begründung der Vorlage wies er dann darauf hin, daß die Kohlenpreise bis jetzt noch nicht festgesetzt seien. Sollte der Fall eintreten, daß für die Kohlen wesentlich mehr bezahlt werden müßte als angenommen wurde, so müßte sich der Stadtrat vorbehalten, eine weitere Erhöhung der Gas- und Strompreise zu beantragen. Es sei ausgeschlossen, daß die Stadtkasse die Mehrlasten, die durch Besteuerung entstehen, selbst trage. Wenn das Reich auf diese Art die notwendigen Mittel aufbringen müsse, so müsse eben jeder einzelne mittragen an dieser Belastung. Ein weiterer Grund für die Erhöhung der Gaspreise sei die Notwendigkeit zum sparsamen Gebrauch von Gas. Während es früher im Interesse der Stadt lag, daß möglichst viel Gas verbraucht wurde, müsse man heute darauf dringen, daß die Gasabnehmer möglichst wenig brauchen. Das hänge mit dem Kohlenmangel zusammen. Da dem Gaswerk nur soviel Kohlen geliefert werden als im Vorjahr, der Gasverbrauch aber infolge Mangels anderer Brennstoffe erheblich gestiegen sei, müsse mit allen Mitteln der Gasverbrauch eingeschränkt werden. Man werde schließlich dazu übergehen müssen, dem einzelnen Gasverbraucher vorzuschreiben, daß er nicht mehr Gas verbrauchen darf als im letzten Jahr, oder er müßte für jeden Kubikmeter Mehrverbrauch den doppelten Preis zahlen. Wenn jeder einzelne sich im Gasverbrauch etwas einschränke, dann sei das nicht nur im Interesse des Kohlenverbrauchs, sondern auch zum Vorteil des einzelnen, weil dadurch die Erhöhung des Gaspreises ausgeglichen werde. Es sei übrigens nicht ausgeschlossen, daß noch besondere Vorschriften über den Gasverbrauch herausgegeben werden müßten.

Was die Kohlenversorgung im allgemeinen anbelange, so sei es jetzt schon sicher, daß wir nicht mehr Kohlen bekommen als letztes Jahr und er, der Redner, habe starke Zweifel, ob es gelingen wird, den Bedarf der Bevölkerung voll zu decken. Auf jeden Fall müsse größte Sparsamkeit im Kohlenverbrauch dringend empfohlen werden.

Die Vorlage selbst gab zu vielen Beanstandungen keinen Anlaß, nachdem der Obmann des Stadtverordnetenvorstandes die Abänderungsanträge begründet hatte. Die Anregungen einiger Redner befaßten sich mit Angelegenheiten, die im engeren und weiteren Zusammenhang der Vorlage standen. So sprach sich Stadtv. Manz (Fortschr. V.) für Einführung der ungeteilten Arbeitszeit im Interesse der Kohlenersparnis aus; Stadtv. Hof führte darüber Klage, daß von einem Teil der Kohlenhändler in der Verteilung der Kohlenvorräte unterschieden werde zwischen reich und arm; Stadtrat Kolb sprach sich in ähnlichem Sinne aus. Weiter sprachen noch Stadtbaurat Eglinger, die Stadtv. Hermann (Fortschr. V.), Kullmann (Soz.) und Oberbürgermeister Siegrist, der es für unmöglich bezeichnete, daß die Mehrheit der städtischen Beamten acht Stunden lang ohne größere Pause durcharbeiten könnten.

Die Vorlage selbst wurde hierauf einstimmig angenommen.

Ebenso einstimmig angenommen wurde die weitere Vorlage: Geländetauschvertrag mit der Karlsruher Parfümerie- und Toiletteseifenfabrik F. Wolff u. Sohn, sowie der Antrag auf Genehmigung von städtischen Zulagen an die Hauptlehrerinnen der Karlsruher Höheren Mädchenschulen.

Schluß der Sitzung ½1 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Keine deutschen Kriegsgefangenen nach Amerika.

WTB. Berlin, 26. Juli. Gerüchtweise hört man in letzter Zeit vielfach, England beabsichtige, eine Anzahl der in seiner Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen nach Amerika verbringen zu lassen. Auf eine deutsche Anfrage bei dem englischen Auswärtigen Amt erklärte dieses, daß zwischen England und Amerika keinerlei Verhandlungen über die Verbringung deutscher Gefangener nach den Vereinigten Staaten schweben.

Die Ausfuhr von amerikanischem Fett verboten.

WTB. Bern, 27. Juli. „Matin" meldet aus Newyork: Der Ausfuhrrat hat die Fettausfuhr nach Deutschland benachbarten Ländern vollkommen untersagt.

Die Deutschen in Siam interniert.

WTB. London, 27. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus Bangkok, daß die Maschinen der dort liegenden deutschen und österreichisch-ungarischen Schiffe durch Explosionen beschädigt sind. Alle männlichen Untertanen feindlicher Länder wurden für die Dauer des Krieges interniert. Die feindlichen Geschäftshäuser wurden geschlossen.

Die innere Lage in Oesterreich.

WTB. Wien, 27. Juli. Wie die Blätter aus Prag melden, ist es zwischen den Tschechen und Slowenen zu ernsten Differenzen gekommen, die dazu geführt haben, daß die slowenischen Vertreter, die zu den gemeinsamen Konferenzen über die Frage der Teilnahme an den Beratungen des Unterausschusses des Verfassungsausschusses nach Prag gekommen waren, sogleich wieder abgereist sind, ohne daß es überhaupt zu gemeinsamen Beratungen gekommen ist. Auch die Reise der Ukrainer nach Prag dürfte unterbleiben. Die Differenz scheine sehr tiefgehender Natur zu sein und, von äußeren Gründen abgesehen, ihre Ursache teils in ihrer verschiedenen staatsrechtlichen Auffassung und deren Vertretung nach außen, teils in jetzt zutage tretenden wirtschaftlichen Gegensätzen zu liegen. Die „Slovenische Korrespondenz" berichtet dazu aus Prag: Der Bruch zwischen den Tschechen und Slovenen ist vollzogen.

Englands Bedingung für die Friedensverhandlungen.

WTB. London, 27. Juli. (Reuter.) Im Unterhause fragte der Abg. King, ob Carson kürzlich in Dublin erklärt habe, daß irgend welchen Verhandlungen mit Deutschland die Zurückziehung der deutschen Truppen über den Rhein vorausgehen müsse und ob die Rede Carsons den Standpunkt der Alliierten in dieser Frage wiedergebe.

Bonar Law erwiderte: Carson habe in der Tat verlangt, daß Deutschland, wenn es Frieden wünsche, sich vor allem bereit erklären müsse, alle besetzten Gebiete zu räumen. Diese Erklärung Carsons werde von der englischen Regierung vollkommen gebilligt. (Beifall.)

King erwiderte: Wissen Bonar Law und Carson nicht, daß die beiden Rheinufer Deutschland auf einer beträchtlichen Strecke gehören und daß Deutschland, wenn es sie besetzt hält, keineswegs feindliches Gebiet in Besitz nimmt.

Bonar Law erwiderte: Sowohl Carson wie ich wissen dies.

Verkauf von holländischen Schiffen an England.

O **Berlin, 26. Juli.** Die „B. Z. am Mittag" berichtet aus Zürich: Die „Neue Zürcher Zeitung" meldet aus dem Haag: Sechs holländische Frachtschiffe sind in den letzten Tagen an England verkauft worden.

Die rumänische Ministerkrisis.

WTB. Jassy, 27. Juli. (Havas.) Die rumänische Ministerkrisis ist beendet. Die Zusammenarbeit mit den Konservativen wird fortgesetzt. Es wurden ernannt: Take Jonescu zum stellvertretenden Ministerpräsidenten, Ventila Bratianu zum Minister der neuen Munitionsabteilung und einstweiligen Kriegsminister, Titulescu zum Finanzminister, De la Brancos zum Minister für Handel und Industrie. Die anderen Minister behalten ihr Portefeuille.

Die Umwälzung in Rußland.

Ein neues Preßgesetz.

WTB. Petersburg, 27. Juli. Petersb. Tel.-Ag. In Abänderung des Erlasses vom 10. Mai über die Presse hat die einstweilige Regierung den Kriegsminister und den Verweser des Ministeriums des Innern ermächtigt, periodische Druckschriften, die zur Insubordination gegen militärische Vorgesetzte, zur Verletzung der militärischen Pflicht und Gewalttaten auffordern zu unterdrücken und die verantwortlichen Schriftleiter vor Gericht zu ziehen.

Die Einführung der Todesstrafe in der russischen Armee.

WTB. Petersburg, 27. Juli. (Meldung der Petersburger Tel.-Ag.) Nachdem der Oberbefehlshaber an der Front und die Armeeführer in ihren Berichten darauf bestanden hatten, daß zur Wiederherstellung der Manneszucht an der Front unumgänglich die Einführung der Todesstrafe notwendig sei, ist diese eingeführt worden. Die Maßregel ist eine zeitweilige und außerordentliche bis zur Beendigung der militärischen Operationen. Außer der Wiedereinführung der Todesstrafe hat die vorläufige Regierung auch die Schaffung revolutionärer Kriegsgerichte an der ganzen Front, die aus drei Offizieren und drei Soldaten bestehen sollen, verfügt.

Eine Konferenz der sozialen Verbände.

WTB. Petersburg, 27. Juli. (Petersb. Tel.-Ag.) Die vorläufige Regierung hat beschlossen, demnächst eine Konferenz von Vertretern der hauptsächlichsten sozialen Verbände in Moskau einzuberufen, um sich über die gegenwärtige Lage des Landes und die in nächster Zeit zu lösenden Fragen zu unterrichten.

Der neue Oberbefehlshaber der Ostseeflotte.

WTB. Petersburg, 27. Juli. Petersb. Tel.-Ag. Kapitän z. See Raswosow, der kürzlich zum Konteradmiral befördert wurde, ist jetzt zum Oberbefehlshaber der Ostseeflotte ernannt worden.

Das unabhängige Finnland.

WTB. Bern, 27. Juli. Der Petersburger Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian", der der Annahme des Unabhängigkeitsgesetzes im finnischen Landtag mit 139 gegen 55 Stimmen beiwohnte, berichtet, Senatspräsident Tokoi habe ihm gesagt, Finnland führe lediglich den angenommenen Beschluß des Allrussischen Kongresses aus und begehre nur seine innere Unabhängigkeit und überlasse die militärischen und auswärtigen Angelegenheiten bis nach dem Krieg Rußland. Finnland könne Rußland lediglich für die Garnisonen in Finnland Geld vorschießen, nicht für allgemeine Zwecke des Krieges, an dem es kein Interesse habe. Finnland meine, daß der Krieg durch internationale Verständigung beendet werden könne.

Die Schwierigkeiten der russischen Regierung.

WTB. Christiania, 27. Juli. Nach einer Meldung der „Tidens Tegn" aus London, sagte Minister Henderson, der nach sechswöchentlichem Aufenthalt in Rußland, begleitet von vier Mitgliedern des russischen Arbeiter- und Soldatenrates, nach Rußland zurückgekehrt ist, die Schwierigkeiten der vorläufigen Regierung seien ungeheuer. Die radikalen Sozialisten beherrschten die Lage und demoralisierten das Heer und die Flotte. Sie behaupteten, daß die Offensive nur den russischen, amerikanischen, französischen und englischen Kapitalisten nütze. Er bezweifle, daß das russische Heer mit größerer Kraft kämpfe, ehe die alliierten Regierungen die Kriegsziele festgestellt hätten, und ehe die Stockholmer Konferenz gesichert sei.

Auswurf-
Urin-
Sekret-
Untersuchungen
Chemisch-bacteriolog. Laboratorium
Dr. F. Lindner
Karlsruhe
Kaiserstrasse 80
am Marktplatz.
1603

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Verluste unseres innigstgeliebten Enkels und Bruders

Michel Kast

sprechen wir allen unsern herzlichsten Dank aus.

Ingolsheim, den 24. Juli 1917.

In tiefer Trauer:

Die Großeltern Billmann
und die einzige Schwester
Salome Kast.

1874

Geldeinzahlungen an Kriegsgefangene

in Frankreich, England, Russland und Italien.

Spesenfreie Ueberweisungen zu bedeutend billigeren Kursen als bei Posteinzahlungen

Nachrichtenbüro für das neutrale Ausland
Abteilung IV 1789
unter dem Schutze des Bad. Landesvereins vom Roten Kreuz
Zähringerstr. 98, pt. Karlsruhe (B) Fernruf: Rathaus.

Städt. Arbeitsamt 65

Gesucht werden

Köchinnen für Privat
Mädchen für Alles
sowie
Mädchen z. Anlernen
Zimmermädchen
mit guten Zeugnissen
für sofort und später
Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienst-Meldestelle
Zähringerstr. 100.

Photographische Apparate

und Bedarfsartikel, wie Platten, Filme, Papiere, Entwickler, Tonbäder, Stativs, Rahmen, Schulkampen, Albums etc., kauft man sehr vorteilhaft bei 1061

J. Lösch, Photog.-Handlung
Herrenstr. 35, Mitglied des R.-B.-B.

Aufsichtsrat gesucht.

15074

Rohöl

wurde erst in diesem Kriege als eines der **kostbarsten** und **unentbehrlichsten**

Naturprodukte anerkannt.

Eine Hamburger Gesellschaft nimmt noch einen Herrn, den besten Kreisen angehörend, als Mitglied auf, **gegen hohe jährliche Vergütung** und Bezüge bei Uebernahme von M. 30 Mille. Verschwiegenheit gegeben und verlangt.

Anfragen unter Nr. 15074 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Trunksüchtige und deren Angehörige wenden sich an die Beratungsstelle für Alkohol-Kranke

Obergeschoss der Kranken-Kassen-Verwaltung Gartenstrasse 14/16.
Sprechzeit von 12 bis 1 Uhr.
Kostenfreie Auskunft
:: an jedermann. ::

Haupt- u. Residenzstadt Karlsruhe.

Höchst- u. Richtpreise.

In der Zeit vom **26. Juli** bis einschließl. **29. Juli** sind auf den **Märkten** und in den **Verkaufsgeschäften hiesiger Stadt** folgende Richtpreise einzuhalten.

Gemüse.

Blumenkohl	1	Stück	20—60	Pfg.
Rotkraut	1	Pfund	22—25	"
Weißkraut	1	Pfund	15—18	"
Wirsing	1	Pfund	15—18	"
Spinat	1	"	25—30	"
Buschbohnen, grüne u. gelbe	1	"	24—26	"
Stangenbohnen, grüne u. gelbe	1	"	30—32	"
Erbsen, grüne	1	"	30—32	"
Karotten	1	Bund	8—20	"
" **Doppel**	1	"	40—50	"
" **ohne Kraut**	1	Pfund	25	"
Schnittkohl	1	Pfund	15	"
Runkelrübenblätter	1	Pfund	8	"
Rüben, gelbe,	1	Pfund	18	"
Rüben, rote,	1	"	15	"
Rüben, weiße	1	"	10	"
Kohlrabi	1	Pfund	10	"
Bodenkohlrabi	1	"	10	"
Kopfsalat, inländischer	1	Stück	5—15	"
Endivien-Salat	1	Stück	5—15	"
Sellerie	1	"	5—20	"
Mangold	1	Pfund	15—20	"
Kürbis	1	"	10—12	"
Meerrettig	1	Stück	30—70	"
Rettig	1	"	2—10	"
Radieschen	1	Bund	3—10	"
Gurken	1	Stück	6—40	"
" zum Einmachen	1	"	2—5	"
Tomaten	1	Pfund	40—70	"
Rhabarber	1	"	15—20	"
Zwiebeln, inländische	1	"	25	"

Pilze.

Pfifferlinge	1	Pfund	40—50	Pfg.
Steinpilze	1	"	50—60	"

Obst.

Zwetschgen	1	Pfund	40	Pfg.
Pflaumen	1	"	40	"
Pfirsiche	1	"	55—60	"
Birnen	1	"	30—50	"
Aepfel	1	"	30—45	"
Mirabellen	1	"	50	"
Heidelbeeren	1	"	50	"
Himbeeren	1	"	65	"
Johannisbeeren	1	"	40	"
Stachelbeeren	1	"	40	"
Türk. Kirschen	1	"	40—45	"
Fallobst	1	"	10	"

Die Verkäufer auf den Märkten der Stadt sind verpflichtet, an allen Marktwaren die Preise in deutlich sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen. Die Ladeninhaber müssen diese Preise in ein im Schaufenster ausgehängtes Preisverzeichnis eintragen.

Das Zurückhalten angeblich verkaufter Ware ist verboten. Jede Ware, die auf dem Wochenmarkt ist, muß von Beginn und während der ganzen Dauer desselben im Kleinen an jedermann abgegeben werden.

Karlsruhe, den 26. Juli 1917. 21a

Preisprüfungsstelle für Marktwaren.

Von Dr. theol. und phil. Pfarrer **Adolf Bolliger,** Zürich-Neumünster, ist eine neue Broschüre erschienen:

Deutschlands Recht.

Die Streitschrift der französischen Protestanten

widerlegt durch

Dr. Adolf Bolliger, Pfarrer in Zürich-Neumünster.

Mit Beilage:

Antwort des „Comité Protestant Français" in Paris an Herrn Pfarrer Dr. Bolliger in Zürich.

Broschiert, 64 Seiten stark, Preis 30 Pfg.

Der Name des Verfassers ist aus seiner Broschüre „Tatsachen" noch in frischer Erinnerung. Das Comité der französischen Protestanten versuchte die „Tatsachen" von Pfarrer Dr. Bolliger zu entkräften und veröffentlichte eine Antwort in den Züricher Nachrichten. Herr Pfarrer Bolliger ist die Antwort hierauf nicht schuldig geblieben und hat dieselbe unter dem Titel: „Deutschlands Recht" veröffentlicht.

Diese neue Bolliger'sche Antwort ist in einer Broschüre wie die „Tatsachen" herausgegeben worden und ist auch die Antwort des Comité französischer Protestanten auf die „Tatsachen" in deutsch übersetzt beigefügt.

Die Broschüre „Tatsachen" hat bei ihrem Erscheinen großes Aufsehen gemacht weil es wohl die erste Stimme eines Neutralen war, der offen für die deutsche Sache eintrat. Ebenso wie die „Tatsachen" wird auch die neue Broschüre „Deutschlands Recht" mit Freuden aufgenommen und gelesen werden.

☛ Die Broschüre ist von uns zum Preise von **30 Pfennig** zu beziehen.

Geschäftsstelle der „Badischen Landeszeitung".

Bekanntmachung.

Ablieferung von Getreide aus der Ernte 1917.

Wir ersuchen die hiesigen Landwirte, ihr Getreide sobald als möglich **auszudreschen** und an das von der Reichsgetreidestelle auch in diesem Jahre bei der **Gesellschaft Sinner in Grünwinkel unterhaltene Lager abzuliefern. Einkaufskommissionär** der Reichsgetreidestelle ist die hiesige Firma **Wagner & Sohn,** Durlacher Allee 9. 641

Die **Höchstpreise** für **gutes, vollreifes** Getreide sind für 1 Zentner

Roggen	**14.00**	**Mark**
Weizen	**15.00**	"
Gerste	**13.50**	"
Hafer	**13.50**	"

Außerdem wird eine **Früh-Druschprämie** gezahlt, und zwar für den Zentner bis

15. August	**3**	**Mark**
31. "	**2**	"
30. September	**1**	"

Pflicht eines jeden Landwirts ist es, umgehend sowie als möglich abzuliefern. Wer dies tut, trägt dazu bei, die Volksernährung wieder zu bessern und das Durchhalten zu erleichtern.

Weitere Bestimmungen über den Verkehr mit Getreide, Selbstversorger usw. werden bekanntgegeben, sobald die badischen Ausführungsbestimmungen zur Reichsgetreideordnung erschienen sind.

Karlsruhe, den 26. Juli 1917.

Das Bürgermeisteramt.

Fröbelseminar für Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen m. Abschlussprüf. unt. staatl. Leitung, **Karlsruhe,** Vorholzstr. 44. Auskunft und Prospekte: **Karlsruhe,** Hirschstr. 126. Geschäftsstunden täglich, ausser Samstags, 3—4 Uhr. 1875

Der Vorstand der Abt. II des Badischen Frauenvereins.

Feuerbestattungsverein Karlsruhe (e. V.)

Alle Anhänger der Feuerbestattung werden hierdurch zum Beitritt unseres über 1000 Mitglieder zählenden Vereins eingeladen.

Jahresbeitrag 3 Mk. Mitglieder zahlen nur die Hälfte der Einäscherungstaxen und erhalten 30 Mk. Kostenzuschuß.

Anmeldungen an Oberbuchhalter Wildenthaler (Rathaus). 1064

Besuchskarten liefert schnellstens und billigst die Badische Landeszeitung, G.m.b.H.

Schlachtpferde

und sonstige Tiere, die zur menschlichen Nahrung nicht verwendbar sind, werden stets **angekauft** von dem 220

Städt. Gartenamt Karlsruhe.

Großherzogliches Konservatorium für Musik, Karlsruhe

zugleich Theaterschule (Opern- und Schauspielschule).

Unter dem Protektorat Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin Luise von Baden.

Beginn des neuen Schuljahres am 17. September 1917.

In den Lehrerverband der Anstalt ist der Großh. Bad. Kammersänger Herr Jan van Gorkom als Gesanglehrer eingetreten.
Die ausführlichen Satzungen sind kostenfrei zu beziehen durch die Direktion und durch sämtliche hiesigen Musikalien- und Instrumentenhandlungen.

Anmeldungen sind schriftlich oder mündlich zu richten an den Direktor 12060

Hofrat Professor Heinrich Ordenstein, Sofienstraße 43.

Sprechstunden vom 8. September ab täglich — außer Sonntags — von 10 bis 12 und 3 bis 5 Uhr.

Städt. Vierordtbad

Schwimmbad.

Für Frauen u. Mädchen geöffnet „Werktags vormittags 9—1 Uhr und nachmittags 3—1/2 Uhr, sowie Freitags von 6—8 Uhr, mit Ausnahme Samstag nachmittags".

Für Herren u. Knaben geöffnet „Werktags vormittags 7— und 11—1 Uhr, nachmittags 1/2 5—8 1/2 Uhr. Freitags nachmittags nur 1/2 5—6 Uhr, sowie Samstag nachmittags 3 Uhr bis abends 9 1/2 Uhr und Sonntag 7—12 Uhr".

Mittags 1—3 Uhr geschlossen.